

# Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

## Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

**Sitzungstermin:** Montag, den 29.04.2019

**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr

**Sitzungsende:** 22:34 Uhr

**Ort, Raum:** großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung findet eine Bürgerfragestunde statt. Diese wird um 20:10 Uhr geschlossen.

### ***(Die protokollierte Tagesordnung beinhaltet die zu Beginn gefasste Änderung der Tagesordnung)***

Stadtverordnetenvorsteherin Sandra Henneberg eröffnet die 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde (am 17.04.2019) und mit 17 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Frau Stadtverordnete Henneberg beantragt die Abberufung des scheidenden Stadtrats Manfred Lotz und die Ernennung des künftigen Stadtrats Reinhard Gröb als neuen Tagesordnungspunkt 1 aufzunehmen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abberufung von Herrn Stadtrat Manfred Lotz und die Ernennung von Reinhard Gröb als neuen Tagesordnungspunkt 1 auf die Tagesordnung aufzunehmen. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

---

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 25.03.2019 wurde ein Einwand seitens der SPD-Fraktion vorgebracht.

Herr Stadtverordneter Erbach trägt den Einwand der SPD-Fraktion wie folgt vor:

Bei dem Tagesordnungspunkt 3 ist die entsprechend dem Antrag beschlossene Resolution nicht vollständig im Protokoll wiedergegeben worden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Stadtverordnetenversammlung die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verlangt. Der Wortlaut des Beschlusses ist so wiederzugeben, wie er im Antrag formuliert und demzufolge der Abstimmung zugrunde lag. Er müsste deshalb auch im Protokoll vollständig aufgeführt werden.

Der Beschlussvorschlag lautete:

„An den  
Hessischen Landtag

Schluss mit den Straßenausbaubeiträgen in Hessen!

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) fordert den Hessischen Landtag auf, die Straßenausbaubeiträge in Hessen komplett abzuschaffen.

Die Diskussionen um die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sind seit dem vergangenen Jahr in vollem Gange. In vielen Gemeinden haben sich Bürgerinitiativen gegründet (auch in unserer Gemeinde), die eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordern.

Fakt ist, dass die derzeitige Rechtslage, die es den Kommunen freistellt, Straßenausbaubeiträge zu erheben, dazu führt, dass finanzschwache Gemeinden im ländlichen Raum dazu gezwungen sind, auch weiterhin Straßenausbaubeiträge von ihren Bürgerinnen und Bürgern erheben zu müssen. Von einer Stärkung des ländlichen Raums kann auch in diesem Fall nicht gesprochen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Neben Problemen der Infrastruktur, im Nahverkehr, in der Versorgung mit Bildungseinrichtungen werden die Bewohner von finanzschwachen Kommunen im ländlichen Raum zusätzlich mit Straßenausbaubeiträgen mit zehntausenden von Euro belastet. Das führt zu Unzufriedenheit unter den Betroffenen.

Bestrebungen, die Straßenausbaubeiträge durch eine Erhöhung der Grundsteuern zu finanzieren, erteilen wir eine entschiedene Absage, denn bei höheren Steuereinnahmen erhielte die Gemeinde einen verminderten Beitrag aus dem Finanzausgleich vom Land Hessen.

Wir fordern deshalb unsere gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Hessischen Landtag auf, sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen einzusetzen und angesichts der Unzufriedenheit über die momentane Rechtslage Druck auf die Landesregierung auszuüben. Mit einer Investitionszulage durch das Land Hessen könnten Kommunen ihre örtlichen Straßen sanieren, ohne dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger bis zur Schmerzgrenze belasten müssten.“

Die SPD-Fraktion bittet um entsprechende Korrektur.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das Protokoll der 29. Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2019 unter Tagesordnungspunkt 3 wie folgt zu ändern:

### **Beschluss:**

An den  
Hessischen Landtag

Schluss mit den Straßenausbaubeiträgen in Hessen!

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) fordert den Hessischen Landtag auf, die Straßenausbaubeiträge in Hessen komplett abzuschaffen.

Die Diskussionen um die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sind seit dem vergangenen Jahr in vollem Gange. In vielen Gemeinden haben sich Bürgerinitiativen gegründet (auch in unserer Gemeinde), die eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordern.

Fakt ist, dass die derzeitige Rechtslage, die es den Kommunen freistellt, Straßenausbaubeiträge zu erheben, dazu führt, dass finanzschwache Gemeinden im ländlichen Raum dazu gezwungen sind, auch weiterhin Straßenausbaubeiträge von ihren Bürgerinnen und Bürgern erheben zu müssen. Von einer Stärkung des ländlichen Raums kann auch in diesem Fall nicht gesprochen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Neben Problemen der Infrastruktur, im Nahverkehr, in der Versorgung mit Bildungseinrichtungen werden die Bewohner von finanzschwachen Kommunen im ländlichen Raum zusätzlich mit Straßenausbaubeiträgen mit zehntausenden von Euro belastet. Das führt zu Unzufriedenheit unter den Betroffenen.

Bestrebungen, die Straßenausbaubeiträge durch eine Erhöhung der Grundsteuern zu finanzieren, erteilen wir eine entschiedene Absage, denn bei höheren Steuereinnahmen erhielte die Gemeinde einen verminderten Beitrag aus dem Finanzausgleich vom Land Hessen.

Wir fordern deshalb unsere gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Hessischen Landtag auf, sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen einzusetzen und angesichts der Unzufriedenheit über die momentane Rechtslage Druck auf die Landesregierung auszuüben. Mit einer Investitionszulage durch das Land Hessen könnten Kommunen ihre örtlichen Straßen sanieren, ohne dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger bis zur Schmerzgrenze belasten müssten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7	SPD, BfA-FDP
Nein-Stimmen:	4	CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Enthaltung:	6	FWG

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich.

---

## **Tagesordnung**

### **der 30. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2019**

- TOP 1: Abberufung und Ernennung von Stadträten
- TOP 2: Vortrag Projekt "DABEISEIN" von Herrn Andreas Schaper  
hier: Kenntnisnahme
- TOP 3: Erlass einer Hebesatzsatzung für den Hebezeitraum 2019 bis  
einschl. 2020  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 20/241/2019
- TOP 4: Vorstellung und Beratung des Radverkehrskonzepts für den  
Landkreis Gießen  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/038/2019
- TOP 5: Beitritt zur GmbH "Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im  
Landkreis Gießen"; Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2017,  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 99/110/2017/1
- TOP 6: 1. Änderung der Satzung zur Förderung der ehrenamtlichen  
Tätigkeit in der Stadt Allendorf (Lumda)  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 10/327/2019
- TOP 7: Aufstellungsbeschluss; Entwicklungs- u. Ergänzungssatzung "Auf  
der Dreispitz" gemäß § 34 Abs 4 Satz 1 Nr. 2 u. 3 BauGB  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/030/2019
- TOP 8: Gründung eines Beirates "Zukunft Allendorf"; Antrag der Fraktion  
Bündnis90/DIE GRÜNEN  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/011/2018
- TOP 9: Feuerwehr, Ausschreibung Wäschereinigung und Einstellung der  
Eigenwaschungen; Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2019  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 99/129/2019
- TOP 10: Anfragen und Mitteilungen
-

## **TOP 1: Entlassung und Ernennung von Stadträten**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Henneberg spricht Herrn Stadtrat Manfred Lotz ihre Anerkennung und ihren Dank für die in vielen Jahren geleistete Arbeit persönlich und im Namen der Stadt Allendorf (Lumda) aus. Anschließend überreicht sie ihm die Entlassungsurkunde.

Herrn Reinhard Gröb wird von Frau Stadtverordnetenvorsteherin Henneberg die Ernennungsurkunde ausgehändigt. Im Anschluss daran leistet er den Amtseid.

---

## **TOP 2: Vortrag Projekt "DABEISEIN" von Herrn Andreas Schaper hier: Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Vortrag von Herrn Andreas Schaper und Frau Franziska Ospald zum Projekt „DABEISEIN“ zur Kenntnis.

Die Fragen der Stadtverordneten werden beantwortet.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Henneberg regt einen gemeinsamen Termin mit den Fraktionsvorsitzenden, sowie Herrn Jugendpfleger Gröger an.

---

## **TOP 3: Erlass einer Hebesatzsatzung für den Hebezeitraum 2019 bis einschl. 2020 hier: Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 20/241/2019**

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Satzungsentwurf als Satzung. Sie tritt rückwirkend zum 01.01.2019 in Kraft.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11	SPD, BfA-FDP, FWG
Nein-Stimmen:	2	BfA-FDP
Enthaltung:	4	CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich.

---

**TOP 4: Vorstellung und Beratung des Radverkehrskonzepts für den Landkreis Gießen  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/038/2019**

Mit Schreiben vom 29.03.2019 (Posteingang am 08.04.2019) stellt der Landkreis Gießen sein Radverkehrskonzept vor. Bestandteil des Konzepts sind auch Radwegeverbindungen von und nach Allendorf (Lumda) und den Stadtteilen.

Der Landkreis bittet um Beratung des Konzeptes und anschließender Freigabe durch die Gremien und/oder um die Mitteilung von Änderungsvorschlägen bis zum 03.05.2019.

Nach Einschätzung der Stadtverordneten wurden sie bisher zu wenig in den Sachverhalt eingebunden. Es wird angeregt, dass die Verwaltung Änderungswünsche, sowie den besseren Ausbau der Radwege zusammenstellt. Da die Frist bis 03.05.2019 seitens des Landkreises zu kurz ist, sollte die Verwaltung mit dem Landkreis Gießen diesbezüglich in Kontakt treten.

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Tagesordnungspunkt an den Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie zwecks Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

---

**TOP 5: Beitritt zur GmbH "Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen"; Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2017,  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 99/110/2017/1**

**Beschluss:**

1. Die Stadt Allendorf (Lumda) tritt der am 03.07.2017 durch den Landkreis Gießen und neun Kreiskommunen (Buseck, Fernwald, Grünberg, Heuchelheim, Langgöns, Lich, Linden, Rabenau und Wettenberg) gegründeten GmbH „sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen“ bei.
2. Der Sperrvermerk über die Haushaltsmittel für die Gesellschafteranteile in Höhe von 5.000 € aus dem Haushalt 2018 beim Produkt 5.2.2.10 Wohnungsbauförderung und Wohnraumversorgung wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6	SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Nein-Stimmen:	7	CDU, BfA/FDP, FWG
Enthaltung:	4	BfA/FDP, FWG

Der Beschluss ist mehrheitlich abgelehnt.

---

**TOP 6: 1. Änderung der Satzung zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Stadt Allendorf (Lumda)  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 10/327/2019**

Seitens der Stadtverordneten ergeben sich noch folgende Änderungswünsche zum vorgelegten Satzungsentwurf:

§ 3 Abs. 2

2. Der Vorschlag ist schriftlich beim Magistrat der Stadt Allendorf (Lumda) bis spätestens zum 31. Oktober eines Jahres einzureichen. Ihm sind beizufügen eine genaue Beschreibung der ehrenamtlichen Tätigkeit aus der hervorgeht, für was und in welchem Maße die Vorgeschlagenen sich verdient gemacht haben und welche Auswirkungen dies auf unser Gemeinwesen hatte bzw. haben wird.

§ 4 Nr. 1

2. Die Ehrenkommission sichtet die eingegangenen Vorschläge und wählt nach den Kriterien dieser Satzung eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen in nichtöffentlicher Sitzung aus. Die Auswahl erfolgt jeweils nur für das laufende Kalenderjahr.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Änderung der Satzung zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Stadt Allendorf (Lumda).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

---

**TOP 7: Aufstellungsbeschluss; Entwicklungs- u. Ergänzungssatzung "Auf der Dreispitz" gemäß § 34 Abs 4 Satz 1 Nr. 2 u. 3 BauGB  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/030/2019**

**Beschluss:**

**Bauleitplanung der Stadt Allendorf (Lumda), Kernstadt**

**Entwicklungs- und Ergänzungssatzung „Auf der Dreispitz“ gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB**

**Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB sowie Einleitung der Beteiligung gemäß § 13 BauGB**

(1) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der Entwicklungs- und Ergänzungssatzung „Auf der Dreispitz“ gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB im Ortsteil Allendorf (Lumda), Kernstadt.

(2) Geplant ist die Abgrenzung und Festlegung der bebauten Ortslage im Bereich westlich der Straße „Auf der Dreispitz“ und nördlich des Totenhäuser Weges, da die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung der angrenzenden Flächen entsprechend geprägt sind. Geplant ist die Neuausweisung von zwei Baugrundstücken im Westen der Ortslage. Dieser Bereich ist bereits über den Totenhäuser Weg erschlossen und über den Flächennutzungsplan teilweise als Flächen für die Landwirtschaft, als Wohnbauflächen und als Verkehrsflächen dargestellt. Über die Aufstellung einer Entwicklungs- und Ergänzungssatzung kann der Ortsrand in diesem Bereich somit eine sinnvolle städtebauliche Abrundung erfahren. Zur Ausweisung gelangt analog der angrenzenden Nutzungen ein Allgemeines Wohngebiet im Sinne des § 4 BauNVO.

(3) Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der nachfolgenden Übersichtskarte zu entnehmen. Betroffen sind die Grundstücke 169/3 bis 169/5 in der Flur 2, Gemarkung Allendorf (Lumda).

(4) Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

(5) Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gemäß § 13 Abs.2 Satz 1 Nr.2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB durch Auslegung der Planung in der Verwaltung. Gleichzeitig wird die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 i.V.m. 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

(6) Im vereinfachten Verfahren, das bei einem Satzungsverfahren nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB anzuwenden ist, wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen. Der § 1a Abs. 2 und 3 und § 9 Abs.1a BauGB sind entsprechend anzuwenden; der Satzung ist eine Begründung mit den Angaben entsprechend § 2a Satz 2 Nr. 1 BauGB beizufügen.

(7) Sämtliche Kosten sind vom Antragsteller zu tragen.



**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

---

**TOP 8: Gründung eines Beirates "Zukunft Allendorf"; Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 60/011/2018**

Frau Stadtverordnete Heilmann trägt einen Änderungsvorschlag seitens der SPD-Fraktion vor. Dieser wird seitens der Stadtverordneten besprochen und geändert.

Aufgrund dieses Vorschlages bittet die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag im Geschäftsgang zu belassen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat ein Konzept und eine entsprechende Umsetzungsplanung zur Entwicklung eines Leitbildes „Allendorf gestaltet seine Zukunft“ zu erarbeiten und bis zum Ende des 3. Quartals 2019 über den Stand zu berichten.

Es sollen keine externen Kosten entstehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14 SPD, CDU, BfA/FDP, FWG  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 3 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, BfA/FDP

Der Beschluss ist einstimmig.

---

**TOP 9: Feuerwehr, Ausschreibung Wäschereinigung und Einstellung der Eigenwaschungen; Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2019  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 99/129/2019**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat eine vergleichende Ausschreibung der Reinigung der Einsatzkleidung an externe Anbieter vorzunehmen. Das wirtschaftlich günstigste Angebot ist anzunehmen. Der Wäschereibetrieb der Feuerwehr ist sofort bzw. zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	2	CDU
Nein-Stimmen:	15	SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FWG
Enthaltung:	0	

Der Beschluss ist mehrheitlich abgelehnt.

---

**TOP 10: Anfragen und Mitteilungen**

**Anfragen:**

- 1) Herr Stadtverordneter Krieb hat mehrere Anfragen.
  - a) Als erstes fragt er an, ob der Verwaltung bekannt ist, dass in der Straße „Auf dem Kranzenberg“ Pflastersteine locker sind und klappern.
  - b) Wie Herrn Krieb bekannt wurde, soll auch die Notgruppe des Kindergartens in der Straße „Auf dem Kranzenberg“ eingerichtet werden. Da es sich hier um eine Spielstraße handelt, ist die Frage, ob sich durch die Zubringer der Kinder eine Verkehrsbelastung für die Anwohner ergibt.
  - c) Es liegt auch noch eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vor. In einer Ausgabe der Allendorfer Mitteilungen wurde ein Bild aus Zeiten des 2. Weltkrieges veröffentlicht. Wie kann die Veröffentlichung solcher Bilder verhindert werden bzw. die Verantwortlichen der Veröffentlichung entsprechend sensibilisiert werden?

Herr Bürgermeister Benz beantwortet die Fragen wie folgt:

- zu a) Die Mängel werden vor Ort in Augenschein genommen und evtl. abgesandet.
- zu b) Auf die Verkehrssituation nach der Einrichtung der Notgruppe wird man ein Auge haben und bei Beschwerden entsprechend Abhilfe schaffen.
- zu c) Die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt war äußerst unglücklich.

Allerdings gehen die Bilder und Manuskripte, die von Vereinen, Privatpersonen usw., nicht über den Tisch der Verwaltung und eine diesbezügliche Zensur wird es auch in Zukunft nicht geben.

- 2) a) Herr Stadtverordneter Schäfer möchte wissen, wann mit den Arbeiten an der Allendorfer Straße in Climbach begonnen wird.**

Herr Bürgermeister Benz gibt an, dass die Firma Kutter beauftragt wurde.

- b) Des Weiteren möchte Herr Stadtverordneter Schäfer wissen, wann und warum die Arbeiten auf dem Friedhof in Climbach mit einer Treuhand-Gesellschaft durchgeführt werden.**

Herr Bürgermeister Benz gibt an, dass demnächst ein Ortstermin mit dem Ortsbeirat zur Festlegung der Gestaltung anberaumt wird. Die Treuhand-Gesellschaft übernimmt die Arbeiten, da sie auch für die Pflege herangezogen wird.

- c) Auch zur Parkplatz-Situation am Friedhof erkundigt sich Herr Stadtverordneter Schäfer nach dem Sachstand.**

Herr Bürgermeister Benz führt an, dass hierzu erst die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssen.

- 3) Herr Stadtverordneter Käs hat von einem Anwohner der Londorfer Straße mitgeteilt bekommen, dass in Höhe der Volksbank Mittelhessen die Hydranten klappern. Der Wassermeister hätte sich dies bereits angesehen. Wie ist der Sachstand?**

Auch hierzu teilt Herr Bürgermeister Benz mit, dass erst die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssen, bevor die Mängel in Angriff genommen werden können.

- 4) Auch Frau Stadtverordnete Trenz hat mehrere Anfragen.**  
**a) Wie aus der Presse zu entnehmen war, ist die Stadt Allendorf (Lumda) kein Mitglied des Vereins für häusliche Alten- und Krankenpflege. Warum nicht? Frau Trenz bittet darum, dass die Stadt Mitglied wird.**

Herr Bürgermeister Benz nimmt dies zur Kenntnis.

- b) Von Spaziergängern wurde berichtet, dass am Steinbruch Nickel eine Einzäunung vorgenommen wurde, die auch öffentliche Wege betrifft. Warum?**

Herr Bürgermeister Benz wird dies prüfen.

- c) Des Weiteren möchte Frau Stadtverordnete Trenz die Situation der Abfallcontainer auf den Friedhöfen ins Gedächtnis rufen.**

- d) Frau Stadtverordnete Trenz bittet um Prüfung, ob ein Gartenarchitekt für die Gestaltung der Kindergärten notwendig ist.**

- e) **Bezüglich der Holzvermarktung haben andere Kommunen lt. Presse andere Lösungen, als die von der Verwaltung angestrebte, ins Auge gefasst. Der Vertrag sollte der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.**
- 5) **Herr Stadtverordneter Erbach teilt mit, dass die Verkehrssicherheit auf dem Radweg vom Hundesportplatz Richtung Bahnhofstraße nicht mehr gegeben ist. Dort sind einige Pflöcke umgefallen.**

**Mitteilungen:**

Herr Bürgermeister Benz teilt der Stadtverordnetenversammlung noch folgende Termine mit:

**11.05.2019, von 10:00 bis 16:30 Uhr,**

Diskussionsveranstaltung zu Demokratie und besseren Beteiligungsmöglichkeiten für Jung und Alt im Bürgerhaus Allendorf

**19.05.2019, von 11:00 bis 13:00 Uhr,**

Lesung und Autorengespräch mit Sven Görtz im Künstlerhof Arnold

**Allendorf (Lumda), den 30.04.2019**

gez. Sandra Henneberg

**(Stadtverordnetenvorsteherin  
Sandra Henneberg)  
Vorsitzende**

**(Verwaltungsfachwirtin  
Nicole Ommert)  
Schriftführerin**

## Anwesenheitsliste

### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Sandra  
Henneberg

Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

### **BFA/FDP-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Sören Conrad

Herr Stadtverordneter Manfred

Poschmann

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

### **CDU-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

### **FWG-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Walter Diehl

Herr Stadtverordneter Lothar Hauk

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

Herr Stadtverordneter Sascha Wimmer

Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael

Omokoko

Herr Stadtverordneter Gernot Schäfer

### **Magistrat :**

Herr Bürgermeister Thomas Benz

Herr Stadtrat Manfred Lotz

Herr Stadtrat Reiner Placzko

Herr 1. Stadtrat Udo Schomber

Frau Stadträtin Petra Sommerlad

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

### **Schriftführer/in :**

Frau Verwaltungsfachwirtin Nicole

Ommert

### **Verwaltung :**

Herr Bauamtsleiter Andreas Becker

**entschuldigt fehlten:**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :**

Herr Stadtverordneter Günter Muhly

**BFA/FDP-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Lothar Claar

**CDU-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

Herr Stadtverordneter Marcel Schmidt

**FWG-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Jochen Schomber

**SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Björn Keil

**Verwaltung :**

Frau Haupt- und Personalamtsleiterin  
Christina Fricke